

**Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Prof. Dr. Wolfgang Methling, und des Landesvorsitzenden der LINKEN, Peter Ritter, am Neujahrsempfang 2008 am 10. Januar 2008 in Banzkow**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde, verehrte Gäste,

im Namen der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE möchte ich Sie ganz herzlich auf unserem Neujahrsempfang willkommen heißen. Nichts ist beständiger als die Veränderung. Vor drei Jahren haben wir Sie als PDS begrüßt. Voriges Jahr als Linkspartei.PDS. Und heute als DIE LINKE. Aber ich verspreche Ihnen, dabei wird es eine Weile bleiben.

Eine lange, schon bewährte Tradition ist es bei uns, dass Fraktion und Partei Sie am Beginn eines neuen Jahres gemeinsam begrüßen. Und gemeinsam wünschen wir Ihnen ein gesundes, friedvolles, aber auch erfolgreiches und glückliches Jahr 2008.

Wohl kein anderes Wort hat das zurückliegende Jahr derartig geprägt wie das Wort „Klimawandel“. Das kommt nicht von ungefähr. Die Welt ist zunehmend Wetterextremen wie Dürren, Wirbelstürmen, Überschwemmungen und anderen Vorboten einer drohenden Klimakatastrophe ausgesetzt. Sogar Hansa Rostock hat es getroffen, die Mannschaft hätte sich sicherlich auch nicht träumen lassen, im Iran im Schnee festzusitzen.

Und wie ist es um das Klima in unserer Gesellschaft bestellt? Hier kann von Erwärmung keine Rede sein. Denn es hält zunehmend soziale Kälte Einzug – hier in Mecklenburg-Vorpommern und bundesweit. Die Großkoalitionäre in Berlin haben keine Hemmungen bei ihrer Politik des sozialen Kahlschlags: egal ob Mehrwertsteuererhöhung, Rente mit 67, nicht endenden wollender Druck auf Hartz-IV-Empfänger sowie zunehmende Umverteilung von unten nach oben. Und seit auch in Schwerin SPD und CDU in verbissener Eintracht miteinander regieren gibt es keinen Widerstand mehr aus Mecklenburg-Vorpommern, wird alles brav abgenickt, was Berlin vorgibt.

Für uns als Linke war 2007 ein wichtiges Jahr. Es ging ja nicht nur um den Namen, sondern wir haben jetzt eine starke gesamtdeutsche linke Partei. Die Auswirkungen sind schon zu spüren. Die politischen Koordinaten beginnen sich in Deutschland zu verschieben. Wir sorgen für kräftigen Gegenwind und Turbulenzen bei den anderen Parteien im Bundestag, die im Gegensatz zu Wirbelstürmen den Menschen zu Gute kommen. Es ist deutlich: Der Druck von Links lohnt sich. Noch vor zwei Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass die SPD im Bund und Land gesetzliche Mindestlöhne und Tariftreue fordert. Bis heute haben sich diese Forderungen allerdings als heiße Luft erwiesen, bislang hat die SPD noch jede parlamentarische Gelegenheit verstreichen lassen, den Worten Taten folgen zu lassen. Deshalb bleiben wir dran. Hartz IV und Hungerlöhne müssen weg, gesetzlich fixierte Mindestlöhne müssen her. Wir bleiben dabei: Der Mensch muss von seiner Arbeit leben können, und jeder und jede hat ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz.

Das Klima hat sich auch in Mecklenburg-Vorpommern gewandelt. Über ein Jahr rot-schwarze Landesregierung macht deutlich, dass es eben nicht egal ist, wer regiert. Viele positive und zukunftsorientierte Ansätze der rot-roten Landesregierung in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik wurden zerschlagen. Die viel gepriesene Schönwetterlage in der Wirtschaft kommt bei vielen Menschen nicht an. Gerade Familien, die von Hartz IV leben müssen, und Renterinnen und Rentner werden im Regen stehen gelassen. Die Langzeitzeitarbeitslosigkeit verfestigt sich, Armut nimmt zu, und es ist nicht erkennbar, was die Landesregierung dagegen tun will.

In der Klimapolitik im eigentlichen Sinne offenbart sich die ganze Schizophrenie der Politik der Landesregierung: Die ganze Welt ringt um den Weg zur dringend notwendigen Reduzierung der Treibhausgase, um die Gefahren für den Erdball wenigstens in Grenzen zu

halten. Erneuerbare Energien sind deutlich auf dem Vormarsch und beweisen ihre Leistungskraft. Und was macht die Große Koalition in Schwerin: Sie will ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin bauen, allen voran der Ministerpräsident. Herr Seidel will uns glauben machen, dass ein neuer Wettbewerber auf dem Energiemarkt die Preise senken werde. Aus Dänemark erfahren wir, dass gerade gegen den Investor Dong Energy Klagen über Klagen anhängig sind – wegen überhöhter Preise und seines Geschäftsgebarens. Die Landesregierung hält an ihren Plänen fest, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes das Kraftwerk gar nicht will, wie eine Forsa-Umfrage ergeben hat. Pikanterweise ist die Ablehnung gerade unter CDU-Anhängern am größten. Fast 60 Prozent von ihnen sind gegen die Pläne des CDU-Parteivorsitzenden und Wirtschaftsministers Seidel. Dieser lässt sich aber davon nicht beeindrucken und will den Weg zurück ins Steinkohlezeitalter weiter gehen – koste es, was es wolle.

Koste es, was es wolle war auch das Motto der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm. Diese Prestigeveranstaltung hat sich vor allem durch undurchsichtige Manöver ausgezeichnet. Undurchsichtig ist so manches bis heute geblieben. An konkreter Substanz sind geblieben ein überdimensionierter Strandkorb und ein gigantischer Sicherheitszaun.

Die zweite Hälfte des ersten Jahres Große Koalition war überwiegend geprägt von sozialpolitischen Kapriolen der Regierungsparteien. Kaltlächelnd wurde so an einem Tag im Landtag unser Antrag für ein kostenfreies Mittagessen für Grundschüler abgeschmettert. Tags darauf kommen der SPD-Sozialminister und wenig Tage später der Ministerpräsident plötzlich doch darauf, dass ein gesundes warmes Mittagessen für die Entwicklung der Kinder wichtig ist und räsionieren öffentlich über eine Bezuschussung desselben in den Kitas. Die CDU will allerdings die Elternbeiträge reduzieren, hat sie das doch im Wahlkampf versprochen. Dafür kürzt sie bei der vorschulischen Bildung, obwohl gerade diese ausgebaut werden muss. Dieser Eiertanz nach dem Prinzip rechte Tasche, linke Tasche ist heuchlerisch. Wir wollen in einem ersten Schritt, dass alle Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Grundschulen kostenfrei gesund zu Mittag essen können. Deshalb haben wir eine Volksinitiative gestartet, die im Land von vielen unterstützt wird. Es sind 15 000 Unterschriften erforderlich, damit sich der Landtag mit der Initiative beschäftigt, heute haben wir bereits 12 000 Stimmen – an dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle Unterstützer.

Als stärkste Oppositionskraft haben wir bisher die Arbeit im Landtag inhaltlich wesentlich bestimmt und zahlreiche Anträge und Gesetzentwürfe eingebracht. Es verwundert nicht, dass Vieles von der Mehrheit der Regierungsfractionen schlicht abgelehnt wurde. Doch zumindest haben wir erreicht, dass die Probleme benannt und diskutiert werden – ob Mindestlohn, kostenfreies Essen für Kinder oder mehr direkte Demokratie.

Neben unseren parlamentarischen Aktivitäten bestimmen intensive Kontakte mit außerparlamentarischen Organisationen die Arbeit der Fraktion. Es ist uns wichtig, dass wir uns regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und Initiativen austauschen, um bei Problemen und Schwierigkeiten auch parlamentarisch aktiv zu werden. Auch deshalb sind wir regelmäßig auf unseren Landtouren in den Kreisen und kreisfreien Städten unterwegs. Nicht zuletzt sind die Abgeordneten der Fraktion selbst stark in den jeweiligen Regionen verwurzelt, um vor Ort Probleme aufzunehmen und zu helfen.

Als stärkste Oppositionskraft machen wir immer wieder deutlich, dass die demokratiefeindlichen Parolen der Rechtsextremen keine Lösungen bieten. Die von uns maßgeblich unterstützte erfolgreiche Volksinitiative „Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“ hat gezeigt, dass die demokratischen Fraktionen im Landtag gewillt sind, das Ringen um Demokratie und Toleranz zu verstärken. Eine Ergänzung in der Landesverfassung erteilt extremistischem Handeln eine klare Absage.

Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass es nicht genügt, rechtsextremistische Politik im Landtag Partei übergreifend abzulehnen. Wir müssen darüber hinaus unsere eigenen Alternativen aufzeigen und offensiv vertreten. Dabei muss es einen Wettbewerb der demokratischen Parteien um die besten Konzepte geben. Die Zielstellung, die NPD wieder

aus dem Landtag zu verdrängen, reicht nicht. Wir müssen alle darum kämpfen, dass rechtsextremistisches Gedankengut auch von den Straßen und Plätzen und insbesondere aus den Köpfen verschwindet. Dafür brauchen wir Glaubwürdigkeit, müssen wir kontinuierlich an machbaren Strategien arbeiten. Ich möchte Sie und Euch deshalb heute schon einladen zu einer Konferenz „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“, die am 26. April stattfindet.

In diesem Jahr werden wir unsere kommunalpolitische Kompetenz stärken – wir wollen die Posten der Landrätinnen und Bürgermeister verteidigen und wir wollen neue hinzugewinnen. Wir haben eine gute Ausgangsposition und kämpfen um beste Wahlergebnisse bei den Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen 2009. Mecklenburg-Vorpommern hat eine starke Linke verdient – Mecklenburg-Vorpommern wird sie bekommen.

Als stärkste Oppositionskraft werden wir auch in 2008 für eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft streiten. Wir bleiben dabei, machbare Alternativen zur Politik von Rot-Schwarz in Schwerin und Berlin anzubieten. Wir streiten weiter für einen Klimaschutz, der diesen Namen verdient; für ein Klima, das geprägt ist von Toleranz; für ein Klima, in dem die Menschen von ihren Löhnen würdevoll leben können; für ein Klima, das wirklich familien- und kinderfreundlich ist; für ein Klima, in dem sich unsere Kinder chancengleich entwickeln können.

Klima ist ein Begriff für den Zustand der Atmosphäre über einen längeren Zeitraum. Wir hoffen, dass die Atmosphäre heute abend bei unserem Neujahrsempfang sehr angenehm sein wird. Deshalb laden wir Sie ein, gemeinsam mit uns das Glas zu erheben auf ein gesundes, friedvolles, erfolgreiches und glückliches Jahr 2008 und anschließend intensiv das Büfett zu nutzen! Zum Wohl!